

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

Kinderschutz
Weltklimakonferenz
Eurokrise
Atommülltransport
Mindestlohn

**Stabilisierungsmechanismus
garantiert Spekulanten die
Profite**

Inhalt

Stabilisierungsmechanismus	
garantiert Spekulanten die Profite	Seite 03
von Thomas Nord	
Aus Alt mach Neu ist die Devise beim	
Kinderschutzgesetz	Seite 04
von Diana Golze	
Prima Klima? Nach der Weltklimakonferenz	Seite 06
von Sabine Süber	
Zerreißprobe	Seite 07
von Wolfgang Nešković	
Mit Feuer und Flamme	
Mahnwache gegen Atommülltransport	Seite 08
von Kirsten Tackmann	
Druck machen für gesetzlichen Mindestlohn	Seite 09
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Pressemitteilungen	Seite 10
Anträge, Anfragen & Initiativen	Seite 14
Reden	Seite 18
Kontakt	Seite 19
Impressum	Seite 20

Stabilisierungsmechanismus garantiert Spekulanten die Profite

von Thomas Nord

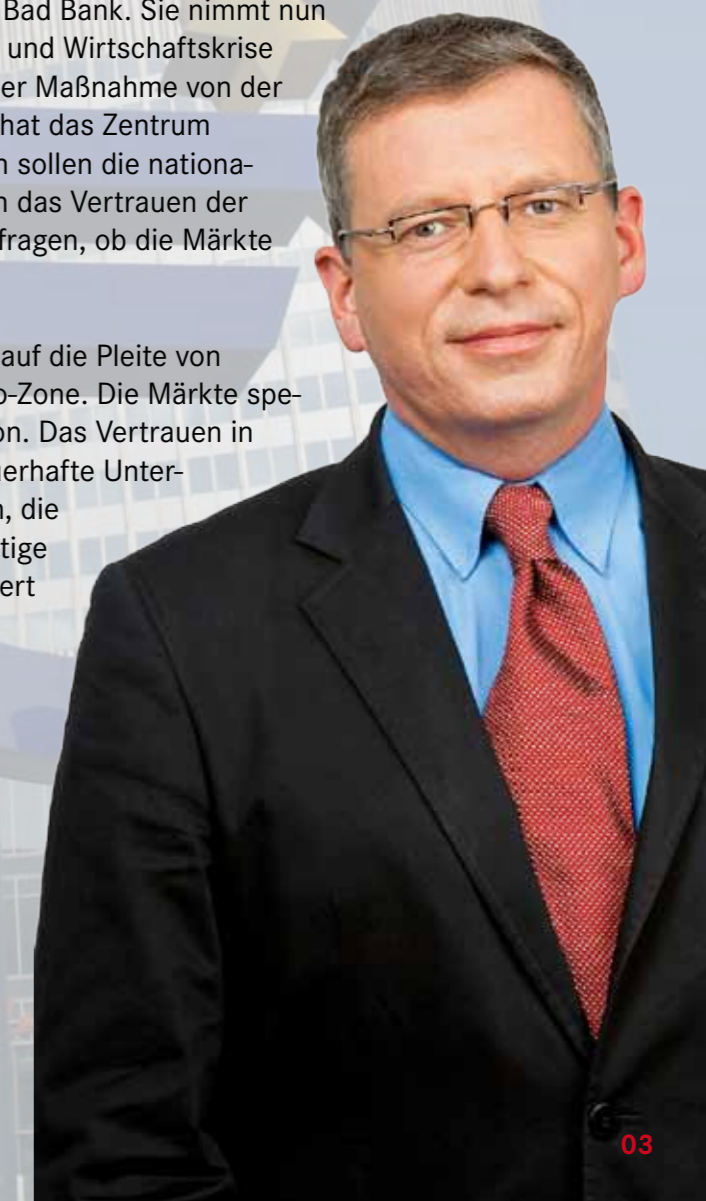
Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 wurde dadurch beruhigt, dass die Politik Bürgschaften übernommen hat. Die nationalen Staaten haben faule Kredite der Banken und Spekulanten übernommen – meist ohne Gegenleistungen dafür zu fordern – mit der Konsequenz einer erhöhten Schuldenaufnahme im nationalen Haushalt. 24 von 27 EU-Staaten verstoßen gegen das 1. Maastricht – Kriterium, nach dem die 3% Neuverschuldungsgrenze nicht überschritten werden darf. Kein Wunder, dass der Stimmrechtsentzug als Sanktionsmaßnahme schnell vom Tisch war, denn dann würden drei Staaten für 27 entscheiden.

Nun steht die Glaubwürdigkeit der europäischen Staaten in der Prüfung der Märkte. Die Staaten haben sich mit der Garantie für faule Kredite, die die Banken in ihrer Gier vergeben haben, über das Maß verschuldet. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine Staatenkrise geworden. Viele Länder können die immens hohe Zinsen für die Neuaufnahme von Staatsanleihen nicht mehr bezahlen. Dem will Schwarz-Gelb nun mit der Installation eines dauerhaften Rettungsmechanismus bei gleichzeitiger Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Ländern begegnen. DIE LINKE ist anderer Meinung. Wenn man ein gemeinsames Währungssystem hat, ist es falsch, dass die beteiligten Länder sich gegenseitig in einem Unterbietungswettbewerb ausspielen müssen.

In den vergangenen Tagen hat die Europäische Zentralbank erneut große Mengen an faulen Staatsanleihen aufgekauft, dadurch wird die EZB zunehmend zu einer Bad Bank. Sie nimmt nun den Ländern ab, was die Staaten den Märkten in der Finanz- und Wirtschaftskrise abgenommen haben. Die zweifelnden Märkte sollen mit dieser Maßnahme von der Standfestigkeit des Euro überzeugt werden. Die Finanzkrise hat das Zentrum erreicht, die EZB ist am Rande ihrer Belastungsfähigkeit. Nun sollen die nationalen Banken mehr Geld auf den Markt schmeißen. So will man das Vertrauen der Märkte in den Euro wieder herstellen. Es ist höchste Zeit zu fragen, ob die Märkte das Vertrauen wert sind?

Die Märkte wetten auf fallende Kurse. Die Märkte wetten auf die Pleite von Staaten. Die Märkte wetten auf das Zerbrechen der Euro-Zone. Die Märkte spekulieren auf ein Zerfallen von Europa als politischer Institution. Das Vertrauen in die Märkte wiederherzustellen bedeutet im Klartext eine dauerhafte Unterwerfung unter die Bedingungen der Banken und Spekulanten, die globalisierte, deregulierte Märkte wollen, aber keine vernünftige politische Regulierung. Die Marktregeln, die als vertrauenswürdig gelten, sind grundfalsch. Die Marktregeln zerstören Europa. Die Regeln bedrohen den sozialen Frieden, die Unruhen in Griechenland und Britannien sind nur ein Vorgeschmack.

Die Politik muss europäische Antworten auf die Krise geben und darf nicht gescheiterte neoliberale Glaubenssätze wie in einer Schockstarre beständig wiederholen. Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung. Wir brauchen europäische Regeln für soziale Mindeststandards. Wir brauchen eine europäische Regulierung der Finanzmärkte. DIE LINKE fordert eine soziale Fortschrittsklausel und eine vollständige Überarbeitung der europäischen Verträge.



Aus Alt mach Neu ist die Devise beim Kinderschutzgesetz

von Diana Golze

Es ist zu befürchten, dass der angekündigte Entwurf des neuen Kinderschutzgesetzes der Familienministerin Kristina Schröder genauso schlecht und fern der Realitäten sein wird, wie der ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen. Deren Entwurf war 2009 von den Fachverbänden und Experten so in Grund und Boden kritisiert worden, dass sie sich genötigt sah, ihn zurückzuziehen. Dabei liegen die Eckpunkte, die Kristina Schröder in einer Pressekonferenz vorgestellt hat, noch nicht einmal als konkreter Gesetzentwurf vor!

Sehr zum Ärger des Koalitionspartners FDP im Übrigen. Doch auch wenn weder die einzelnen Fraktionen des Deutschen Bundestages noch die Fachverbände wissen, wie die Ministerin die zukünftigen gesetzlichen Grundlagen für den Kinderschutz gestalten will, wird schon jetzt deutlich: Dieser Gesetzentwurf wird die gleichen falschen Ansätze enthalten, wegen denen der Vorgängerentwurf eingestampft wurde. Auch wenn schon 2009 fast alle Fachleute festgestellt haben, dass verpflichtende Hausbesuchen nicht sinnvoll sind, da es hinreichende und wesentlich komplexere untergesetzliche Regelungen diesbezüglich bereits gibt, wird dies offenkundig wieder enthalten sein. Auch wird der Stellenwert der ärztlichen Schweigepflicht und der anwaltlichen Verschwiegenheit für den Kinderschutz mit diesem Entwurf wieder auf der Tagesordnung stehen. Genau wie im Vorgängerentwurf wird wohl auch jegliche materielle Untersetzung der Aufgabenausweitung der Jugendämter, die der Gesetzentwurf einführt, fehlen.

DIE LINKE bleibt dabei: Wer das Kindeswohl wirksam schützen will, muss die Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe zurücknehmen. Unglaublich ist es daher, wenn die gleichen Politiker, die die Lebensbedingungen von Familien und Kindern durch Hartz IV, Niedriglöhne und Sozialabbau dramatisch weiterverschlechtert haben, sich nun als Retter des Familien- und Kindeswohls inszenieren. Kinder müssen durch eine existenzsichernde eigenständige Grundsicherung aus der Armut befreit werden. Zudem ist ein Rechtsanspruch auf gebührenfreie Kinder-Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen mit Bildungschancen für alle unentbehrlich. Ein Rechtsanspruch auf Beratung für alle Kinder und Jugendlichen nicht nur in Not- und Krisensituationen ist als erster Schritt auf dem Weg zu grundgesetzlich geregelten Kinderrechten festzuschreiben.

Prima Klima?

Nach der Weltklimakonferenz

von Sabine Stüber

Am 10. Dezember ging in Cancún in Mexiko der Weltklimagipfel zu Ende. Die Grundstimmung in Cancún wurde von der Befürchtung beherrscht, dass die Klimaschutzbemühungen der Staatengemeinschaft unter dem Dach der Uno endgültig scheitern. Wieder war es in der letzten Nacht, wie schon vor einigen Wochen auf der Konferenz zur biologischen Vielfalt in Nagoya, bis man sich doch noch auf gemeinsame Ziele verständigte.

Die Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber vorindustriellen Zeiten ist als ein grundlegendes Ziel enthalten. Das hatten Wissenschaftler als Minimum gefordert, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Nachdem der UN-Klimaschutz in Kopenhagen beinahe zu Grabe getragen worden war, reisten die Teilnehmerstaaten mit geringen Erwartungen und großer Besorgnis nach Mexiko. Und so war man auch mit dem Spatz in der Hand zufrieden.

Es gab dann auch keine Einstimmigkeit beim verabschiedeten Klimapaket. Bolivien lehnt die Vereinbarung ab. Warum? Die Beschlüsse sind zu schwach für wirksamen Klimaschutz. Eine Einigung in Cancún wurde eben nur möglich, weil weder für die USA noch für China noch für irgendeinen anderen Staat konkret benannt wurde, bis wann die Länder wie viel CO₂-Reduktion erbringen müssen. Rechtlich verbindlich wurde nichts vereinbart und das ist zu wenig. Was nicht Konsens war, wie konkrete CO₂-Einsparziele etwa bis zum Jahre 2050, wurde gestrichen. Genauso erging es Vorschlägen für konkrete Einsparmaßnahmen einzelner Wirtschaftszweige.

So sehen Papiertiger aus – Klimaschutz sieht anders aus. Zumindest wurde erreicht, dass die unter dem Dach der Vereinten Nationen begonnenen Bemühungen zum Klimaschutz weitergeführt werden können. Doch ein Beitrag zur realen Minderung der Treibhausgase war nicht dabei. Genau das hat

Bolivians Uno-Botschafter Solón der Weltöffentlichkeit mit der Ablehnung des Klimapaketes deutlich gezeigt.

Finanzierungsfragen sind weiterhin offen: Welche Industrieländer zahlen wieviel und wann für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in den südlichen Regionen dieser Erde. Man konnte sich nicht einmal auf Finanzierungsinstrumente zum weltweiten Waldschutz einigen. Dafür wurde die unsinnige CO₂-Verpressung (CCS) als vermeintliches Klimaschutzinstrument etabliert. Das sind jetzt verlorene Jahre für die Menschen angesichts der existentiellen Risiken durch den Klimawandel.

Es bleibt die schwierige, aber absolut alternative Aufgabe, auf der nächsten Klimakonferenz in einem Jahr im südafrikanischen Durban jenen Masterplan mit verbindlichen Maßnahmen zu beschließen, der damals schon in Kopenhagen verfehlt wurde.



Bild: Gerd Altmann pixelio.de

Zerreißprobe

von Wolfgang Nešković

Zum wiederholten Male in diesem Jahr steht der Euro vor einer Zerreißprobe. Irland, Spanien und Portugal stehen unter Beschuss der Finanzmärkte. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den europäischen Mitgliedstaaten bedroht die europäische Währung.

Schuld daran sind insbesondere zwei Faktoren. Zum einen hat die Deregulierung der Finanzmärkte zu einem gefährlichen Wildwuchs des Kapitals geführt. Zweitens leidet die EU unter einem Konstruktionsfehler. Die Mitgliedstaaten betreiben eine höchst unterschiedliche Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das führt zu großen Unterschieden, was das Lohnniveau, die Konsumkraft im Binnenmarkt und die Exportstärke angeht. Während Europa also eine gemeinsame Währung hat, ist es alles andere als ein einheitlicher Wirtschaftsraum.

Ein Ausweg, um Krisen wie die jetzige in der Zukunft zu vermeiden, ist die stärkere Verzahnung von Sozial- und Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene. So macht ein einheitlicher Mindeststeuersatz ebenso Sinn wie eine Annäherung des Lohnniveaus zwischen den Mitgliedstaaten. Solange dies nicht geschieht, zerstört sich Europa von innen. Finanzieller Druck von außen treibt diese Negativentwicklung weiter voran.

Die Währungsunion schwächt sich nicht nur selbst, sondern ist überdies unfähig zur Selbsthilfe. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich europäische Staaten untereinander Finanzhilfe leisten können. Dies ist heute jedoch verboten. Auch die Einschaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Rettung Griechenlands ist der falsche Weg. Es wäre deutlich sinnvoller gewesen, die Kompetenzen der Europäischen Zentralbank auszuweiten und Griechenland so vor dem neoliberalen Reformdruck des IWF zu schützen. Dieser Fehler darf bei anderen Pleitestaaten nicht wiederholt werden. So öffnet sich Europa einer Verarmungspolitik, die Ländern wie Argentinien in der Vergangenheit beinahe das Genick gebrochen hat.

Zudem braucht es in der jetzigen Lage Solidarität. Es mag uns nicht schmecken, dass Deutschland mit Milliarden für Länder wie Griechenland bürgt. Die Mitgliedstaaten der EU sind jedoch unsere wichtigsten Partner. Die EU hat sich als Wirtschaftsverbund in die jetzige Misere gewirtschaftet. Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sie sich auch mit vereinter Kraft wieder aus dem jetzigen Sumpf zieht.

Bild: Gerd Altmann pixelio.de



Mit Feuer und Flamme Mahnwache gegen Atommülltransport

von Kirsten Tackmann

Da hat sich die Bundesregierung schön verkalkuliert. Sie dachte ein Atomtransport von Frankreich nach Mecklenburg-Vorpommern würde in Ostdeutschland widerstandslos hingenommen. Doch weit gefehlt! Der Atom-Treck nach Lubmin wurde von wachsenden Protesten überall im Bundesland Brandenburg begleitet. Ich selbst war vor wenigen Wochen mit mehr als 30.000 Menschen zur Demonstration im Wendland, diese Woche war ich bei einer Mahnwache in Wittenberge dabei.

Mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind für so eine Aktion in der dünn besiedelten Region ziemlich gut, auch wenn personelle Verstärkung aus dem Wendland dazu kam. Feuerwannen, Kaffee, Tee und Winterkleidung halfen zumindest zeitweise gegen Schnee und Kälte. Der Atom-Widerstand ist also in der Prignitz angekommen. Nicht ohne Grund. Schließlich liegt der Salz-

stock Gorleben zur Hälfte auch unter der Prignitz, wie auf einer sehr gut besuchten Informationsveranstaltung der LINKen Fraktionen im Bundestag und im Niedersächsischen Landtag in Lenzen berichtet.

Die Menschen protestieren nicht nur gegen den Castor-Transport, sondern gegen die



schwarz-gelbe Atomlobby-Politik. Sie wehren sich dagegen, dass die Laufzeit der Atommeiler verlängert wurde – mit Tricks und gegen den Willen der demokratischen Mehrheit. Dabei ist nicht mal klar, wo der bereits angefallene Atommüll sicher gelagert werden kann. Unsere Verantwortung bleibt, den

vorhandenen Atommüll so sicher wie irgend möglich zu lagern. Dafür wird eine ergebnisoffene und transparente Endlagersuche auf deutschem Boden benötigt. In Gorleben hoffte man auf wenig Widerstand im dünn besiedelten Randgebiet der damaligen BRD, in dem man den Menschen den strahlenden Müll einfacher aufhalsen könnte als vielleicht in Bayern. Doch da hatten sie die Wendländerinnen und Wendländer unterschätzt! Jahrelanger Protest war die Folge und die Republik Freies Wendland ist nach wie vor lebendig.

Der Salzstock ist zudem völlig ungeeignet, wie erst jüngst durch eine Recherche im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE erneut nachgewiesen wurde. Bis aber ein sicheres Endlager gefunden ist, sollte kein Atommüll mehr transportiert werden, denn jeder Transport erhöht das Risiko für viele Menschen und sicher ist er in den Zwischenlagern auch nicht.

Die Linksfraktion hat bereits 2009 ein Konzept vorgelegt, wie innerhalb der 17. Wahlperiode alle 17 Atomkraftwerke stillgelegt werden können.

Sie finden es : [HIER](#)

Druck machen für gesetzlichen Mindestlohn

von Dr. Dagmar Enkelmann



Nicht erst seit gestern setzt sich DIE LINKE für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Diese Forderung hatte DIE LINKE schon im Bundestagswahlkampf 2005 plakatiert – zu einer Zeit, als sich selbst die Gewerkschaften noch nicht einig waren. Während der Großen Koalition von Union und SPD gab es sogar eine Mehrheit im Bundestag für den Mindestlohn – aber die Sozialdemokraten wollten aus Koalitionsräsion nicht über ihren Schatten springen. Inzwischen ist eine stabile Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für einen Mindestlohn. Nur ist mit Schwarz-Gelb die einstige parlamentarische Mehrheit dahin.

Dennoch brachte DIE LINKE Ende 2010 erneut einen Antrag in den Bundestag ein (Drs.

17/4038), endlich den flächen-deckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Dafür gibt es alte wie neue Gründe. Nach wie vor greift Lohndumping um sich. Rund sieben Millionen Menschen in Deutschland müssen für Stundenlöhne unter 9 Euro arbeiten, darunter mehr als 2 Millionen für weniger als 6 Euro. Obwohl die Exportwirtschaft boomt, stagnieren die Einkommen der meisten Beschäftigten. Sie werden vom Aufschwung letztlich ausgeschlossen.

Obgleich sie arbeiten, sind mittlerweile mindestens 1,4 Millionen Menschen auf aufstockende Hartz IV-Leistungen angewiesen. Wie viele darüber hinaus ihren Anspruch nicht wahrnehmen, ist offen. Der Staat hat für die „Aufstocker“ in den letzten vier Jahren 50 Milliarden Euro aufgewendet und so massiv Unternehmen subventioniert, die von Dumpinglöhnen profitieren. Diesen Skandal dürfen wir nicht länger hinnehmen. Die Unternehmen müssen endlich verpflichtet werden, Löhne zu zahlen, von denen man leben kann.

Für DIE LINKE liegt der gesetzliche Mindestlohn bei rund 10 Euro pro Stunde und soll stufenweise bis Mai 2013 eingeführt sein. Die Zeit dafür drängt mit jedem Tag

mehr. Denn am 1. Mai 2011 wird in der EU die Arbeitnehmerfreizügigkeit voll in Kraft treten. Ab dann können auch osteuropäische Beschäftigte ohne Beschränkungen in der Bundesrepublik arbeiten.

Es ist nicht viel Fantasie nötig, um vorauszusagen, dass viele Unternehmen dies ausnutzen werden, um Löhne niedrig zu halten oder weiter zu drücken. Dagegen hilft nur eine verbindliche Lohnuntergrenze. Die Konkurrenz zwischen den Unternehmen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Darüber hinaus will DIE LINKE, dass in Tarifverträgen vereinbarte Mindestlöhne – sofern sie über dem gesetzlichen Mindestlöhnen für die jeweilige Branche erklärt werden können. Das bisherige Verfahren gibt Arbeitgebern und Regierungsparteien zu viele Blockade-Möglichkeiten. So verhinderte Schwarz-Gelb jüngst einen Branchenmindestlohn für die Weiterbildung.

DIE LINKE will die breite gesellschaftliche Mehrheit für den Mindestlohn mobilisieren. Es gilt, den Druck auf die Bundesregierung weiter zu erhöhen, dann wird sie sich auch im Interesse der Beschäftigten bewegen.

Pressemitteilungen

LINKE beantragt Aktuelle Stunde zu Castor-Transport nach Lubmin

Dr. Dagmar Enkelmann 14.12.2010

„Der Castor-Transport nach Lubmin zeigt die ganze Heuchelei und Doppelzüngigkeit schwarzgelber Atompolitik. Der Bundestag muss sich unmittelbar mit dem erneuten Transport der verstrahlten Fracht durchs ganze Land befassen. DIE LINKE hat deshalb für morgen eine Aktuelle Stunde beantragt“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. Sie fährt fort: „Es ist nicht hinnehmbar, vorhandene Zwischenlager im Osten als

bequemes Ausweichquartier für Atomabfälle aus aller Herren Länder zu nutzen - oder sogar für den Müll, der aus den verlängerten Laufzeiten der Atommeiler resultiert. Im Interesse der Menschen in der Region und einer zukunftsfähigen Energiepolitik muss das verhindert werden. DIE LINKE wird

sich deshalb mit aller Kraft gegen den Castor-Wahnsinn wehren.“



Kindeswohl ist der beste Kinderschutz

Diana Golze 14.12.2010

„Die Vorstellungen der Familienministerin Schröder zum Thema Kinderschutz bekämpfen Symptome, verbessern aber nicht die Situation. Wer Kinder allein durch ein verstärktes Kontroll- und Sanktionssystem schützen will, liegt schon im Grundansatz falsch“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zum heute vorgestellten Entwurf eines Kinderschutzgesetzes. Golze weiter: „Wenn Ministerin Schröder erklärt: „Kinder brauchen unsere schützenden Hände und wachen Augen.“, dann hat sie den Grundcharakter der Jugendhilfe als vorsorgende und unterstützende Hilfeeinrichtung immer noch nicht verstanden. Denn im Mittelpunkt eines effektiven Kinderschutzes muss das Kindeswohl stehen und nicht die Frage, wer durch wen wie stark und mit welchen Kompetenzen kontrol-

liert wird. Wer Jugendämter mit verstärkten Kontrollmechanismen und damit mit weiteren zusätz-



Foto: Paulwip pixelio.de

lichen Aufgaben betraut, muss gleichzeitig auch sagen, wie er dies finanzieren will. Das aber habe ich von Frau Schröder wieder einmal nicht gehört. Eine solche Politik sorgt nicht für eine Stärkung, son-

dern für seine Schwächung des Kinderschutzes, weil es die Jugendämter mit ihrem derzeitigen bereits ausgedünnten Personal vor eine nicht mehr zu bewältigende Aufgabe stellt.

Die heutige Vorstellung der Pläne der Ministerin zum Kinderschutz macht vor allem eines deutlich: Wir brauchen eine gesellschaftliche Stärkung der Kinder und Jugendlichen. Darum sagt DIE LINKE: Kinder brauchen eine Gesellschaft, die ihnen in allen Lebenslagen Schutz, Förderung und Beteiligung gewährleistet.

Dies zum Beispiel im Kinder- und Jugendhilfegesetz mit einem Rechtsanspruch auf Beratung für alle Kinder und Jugendlichen nicht nur in Not- und Krisensituationen festzuschreiben, wäre ein erster und wichtiger Schritt gewesen. Darum bleiben wir dabei: Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.“

Kinder brauchen mehr als hohle Worte

Diana Golze 09.12.2010

„Es sind wieder ein mal sehr einfache Formeln, mit denen Familienministerin Kristina Schröder Aufgaben des Bundes für erledigt erklärt und sie im Anschluss an die Länder und die Kommunen abschiebt“, erklärt die Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zum heute vorgestellten Abschlussbericht für den Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland“. Golze weiter:

„Der Bund stiehlt sich einmal mehr klammheimlich aus seiner Verantwortung, statt die vielen Probleme, auf die Kinder und Jugendliche in Deutschland Tag für Tag stoßen, gemeinsam mit allen Akteuren zu lösen. Und wieder einmal sind es die Kommunen, die für eine Politik der Unfähigkeit und des Wegschauens hinhalten sollen. Dabei müssen hier seit Jahren schon viele zusätzliche Aufgaben gestemmt werden. Der Bund muss sich end-

lich dauerhaft an den Kosten für Bildung, Kinderschutz und Jugendhilfe beteiligen. Stattdessen hat das Familienministerium in den vergangenen Jahren durch eine rigide Sparpolitik genau die Kräfte geschwächt, die für eine Sicherung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf den verschiedenen Ebenen von immenser Bedeutung sind: die Jugendvereine und Jugendverbände, die freien Träger der Jugendhilfe. Das Aufhalten eines allmählichen Sterbens der deutschen Jugendhilfelandchaft braucht mehr als nur ein Modellprogramm „Jugend stärken“. Gebraucht wird der politische Wille, Lippenbekenntnissen für eine starke Jugendhilfelandchaft auch die notwendigen finanziellen Mittel folgen zu lassen. Wer obendrein von einem kindergerechten Deutschland spricht und sich gleichzeitig einer Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz

verweigert, wie es Familienministerin Schröder tut, handelt scheinheilig. Darum bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung: Kinder brauchen einklagbare Rechte. Genau hier ist die Familienministerin gefragt.“



Unverständliche Nachsicht

Wolfgang Nešković 08.12.2010

„Die Absicht der Koalition, die Selbstanzeige im Steuerstrafrecht weiterhin zu ermöglichen, offenbart eine unverständliche staatliche Nachsicht mit Steuerkriminellen. In keinem anderen Bereich des Strafrechts werden Kriminelle so sehr begünstigt wie bei der Straftat der Steuerhinterziehung. Die strafbefreiende Selbstanzeige gehört deshalb ganz abgeschafft“, erklärt Wolfgang Nešković, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Mitglied des Fraktionsvorstandes, zum heutigen Kabinettsbeschluss über Verschärfungen für Selbstanzeigen im Steuerrecht. Wolfgang Nešković fährt fort: „Steuerkriminelle verge-

hen sich an unserem Gemeinwesen. Die Möglichkeit, dem Staat seinen Strafanspruch abzukaufen,



ist daher grundsätzlich abzulehnen. Sie dient als unnötiges Daneschön für die bürgerschaftliche Verantwortungslosigkeit der Steuerkriminellen. Steuerehrlichkeit

wird hierdurch nicht gefördert, sondern gebremst. Die wenigen Verschärfungen der Koalition ändern hieran überhaupt nichts. Die Regierungskoalition will Steuerkriminalität nicht ernsthaft bekämpfen. Das Kernproblem liegt darin, dass der Staat zu wenige Betriebsprüfer und Steuerfahnder beschäftigt. Jeder Betriebsprüfer treibt durchschnittlich eine Million Euro zusätzlicher Steuern pro Jahr ein. Auch dieser strukturelle Mischstand macht offensichtlich, dass beim Thema Steuerkriminalität seitens der Koalition mehr als Feigenblattaktivitäten nicht zu erwarten sind.“

Pressemitteilungen

Atomtransporte sind Blödsinn!

Kirsten Tackmann 14.12.2010

LINKE Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann beteiligt sich an Mahnwache gegen den Castor-Transport 15.12.2010, 16 - 18 Uhr, Bahnhof Wittenberge

„Ich beteilige mich an der Mahnwache in Wittenberge. Gemeinsam wollen wir der Bundesregierung zeigen, dass auch im Osten die Proteste gegen ihre Atompolitik wachsen. Sie irrt, wenn sie einen ruhigen Atomtransport durch Ostdeutschland erwartet,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich des geplanten Castor-Transportes durch das Bundesland Brandenburg. In der Nacht vom 15. auf den 16. Dezember wird ein Zug mit radioaktivem Müll aus dem französischen Cadarache ins Zwischenlager Lubmin erwartet. Höchstwahrscheinlich wird der Atom Müll auch über Schienen aus Tackmanns Heimatwahlkreis in Richtung Mecklenburg-Vorpommern

transportiert. In Wittenberge ruft das „Aktionsbündnis gegen Atomenergie“ zu einer Mahnwache auf.



Foto: Jens Zehnder pixelio.de

Tackmann weiter: „Wir wollen raus aus dem Atomstrom und den Atommüll zu transportieren ist Blödsinn! So lange die Suche nach einem geeigneten und gesellschaftlich akzeptierten Endlager nicht beendet ist, muss Schluss sein mit dem Atom-Treck quer durch Europa. Atomenergie ist riskant und muss so schnell wie möglich beendet werden. Natürlich haben wir eine Verantwortung für den Atommüll aus der Vergangenheit. Darum sollte er dort zwischengelagert werden, wo er anfällt, anstatt ihn unnützlich und gefährlich zu transportieren und die Gesundheit von noch mehr Menschen zu gefährden. Seine Produktion muss beendet werden.“

Keine Spekulation mit ehemals volkseigenen Flächen

Kirsten Tackmann 08.12.2010

„Statt den Spekulationsmotor BVVG abzustellen, sorgt die schwarz-gelbe Koalition nun dafür, dass auch die Alteigentümer von der staatlichen Bodenspekulation profitieren können.“

DIE LINKE lehnt dies ab und fordert stattdessen Sofort-Maßnahmen gegen Bodenspekulationen und die kostenfreie Übergabe der ehemals volkseigenen BVVG-Flächen an die Bundesländer“, kommentiert Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Ergebnisse der von den Oppositionsfraktionen erzwungenen Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestags zum Entwurf für das Zweite Flächenerwerbsänderungsgesetz.

Tackmann weiter: „Für die Bedienung der Interessen ihrer Klientel nimmt die Koalition billigend in Kauf, dass die Folgen für die Landwirtschaftsbetriebe und den Bundeshaushalt unklar sind. In der Anhörung blieb völlig offen, wie viel Bodenfläche für den erweiterten Alteigentümer-Anspruch auf begünstigten Boden erworben reserviert werden müsste und wie viel Einnahmen dem überschuldeten Bundeshaushalt dabei verloren gehen. Die im Gesetzentwurf stehenden Mindereinnahmen von 370 Millionen Euro scheinen eher ein Mindestbetrag zu sein. Der Gesetzesentwurf verschärft damit zusätzlich die Lage am durch die BVVG-Verkäufe geprägten Bo-

denmarkt in den ostdeutschen Bundesländern. Die Bodenpolitik wird damit immer widersinniger und unkalkulierbar.“

Durch die Öffnung der Landverkäufe zugunsten international agierender Kapitalgesellschaften hat sich der Bodenmarkt innerhalb weniger Jahre von einem durch die Landwirtschaft wirtschaftlich tragbaren Niveau zu einem Spekulationsmarkt entwickelt. Ehemals volkseigene Äcker und Wälder sind so teuer, dass die Boden- und Pachtpreise mit landwirtschaftlicher Arbeit kaum noch zu erwirtschaften sind. DIE LINKE fordert: Bodenspekulation verhindern statt Alteigentümer einseitig zu begünstigen.“

Deutliche Erhöhung der Regelsätze notwendig

Diana Golze 15.12.2010

„Der vorgelegte Gesetzentwurf zur Neuregelung der ALG II-Regelsätze muss vollständig überarbeitet werden.“

Kurzfristig muss der Vermittlungsausschuss eine deutliche Erhöhung der Regelsätze beschließen. Dies ist eine logische Folge der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts“, erklärt Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der Fraktion DIE LINKE, zur heutigen Sitzung des Bundeskabinetts. Diana Golze fährt fort:

„Bundeskanzlerin Angela Merkel und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen tragen mit der Vorlage eines verfassungswidrigen Gesetzentwurfs die Verantwortung für das

aktuelle Debakel. Die Chance für eine deutliche Anhebung des Re-



gelsatzes muss nun aber genutzt werden. Jetzt sind SPD und Grü-

ne gefordert. Nach deren eigenen Anträgen wäre ein Regelsatz unter 400 Euro nicht mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in Einklang zu bringen. Auch die Leistungen für Kinder aus Haushalten im Hartz IV-Bezug müssen neu und eigenständig definiert werden. An diesen Maßstäben werden SPD und Grüne gemessen.

DIE LINKE fordert weiterhin eine grundlegende Revision der vorgelegten Regelsatzberechnung unter Berücksichtigung und Erfüllung aller Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Eine Kommission der Partei DIE LINKE hat dazu grundlegende und seriöse Berechnungen vorgelegt.“

LINKE an Absprachen über Vergabepaxis des Bundesverdienstkreuzes nicht beteiligt

Dr. Dagmar Enkelmann 10.12.2010

Zur Debatte über die Vergabe des Bundesverdienstkreuzes erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE:

„Das Bundesverdienstkreuz ist bekanntlich dafür vorgesehen, besondere Leistungen zu würdigen. Dies wird durch die pauschale Vergabe entwertet und beschädigt. Dieses Geschachere ist unwürdig, an dieser Vergabepaxis beteiligt sich die Fraktion DIE LINKE nicht. DIE LINKE hat sich daran auch nie beteiligt und war an den diesbezüglichen Absprachen nicht involviert.“

Schwarz-Gelbe Taschenspielertricks gegen Hartz IV Betroffene

Kirsten Tackmann 03.12.2010

Die Ausgrenzungstricksereien der Schwarz-gelben Regierung „Ich habe in Namentlicher Abstimmung gegen den Gesetzentwurf zur Neuberechnung der Regelsätze gestimmt, weil die Koalition mit ihren Tricksereien die Hartz IV Empfängerinnen und -empfänger betrügt und bewusst vom gesellschaftlichen Leben ausgrenzt“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die heutige Abstimmung des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des II. und XII. Sozialgesetzbuches.



Foto: Rainer Sturm pixelio.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

15.12.2010

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4192](#)

Für eine gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Mit Hilfe eines ab 2012 bis 2016 sukzessive steigenden Zuschlags soll der Wertunterschied zwischen den Rentenwerten in Ost und West ausgeglichen werden, so dass die Rentnerinnen und Rentner im Osten endlich die gleiche Anerkennung für ihre Lebensleistung erhalten. Die Hochwertung der Löhne im Osten wird beibehalten. DIE LINKE. erneuert damit ihren Vorschlag zur Rentenangleichung Ost und macht sich zum Motor der stockenden Debatte zu diesem Thema.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4186](#)

Missbrauch von Praktika gesetzlich stoppen

Wir wollen Praktika als Lernverhältnisse definieren und damit klar von regulären Arbeitsverhältnissen abgrenzen (vor allem durch eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes), eine angemessene Vergütung für PraktikantInnen durchsetzen, die Dauer von Praktika begrenzen und die Zuständigkeit von Betriebs- und Personalräten für die Gestaltung von Praktika klarstellen. Mit dem Antrag wollen wir auch dazu beitragen, dass das Thema in der öffentlichen Debatte präsent bleibt.

14.12.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4148](#)

Betrieb des Forschungsreaktors München II (FRM II) mit hoch angereichertem Brennstoff über 2010 hinaus

Dem weltweit einzigen nach 1980 gebauten Reaktor für den Betrieb mit hoch angereichertem waffenfähigem Brennstoff wurde 2003 eine Betriebserlaubnis bis 2010 erteilt. Diese war mit der Auflage versehen, den Reaktor bis zu diesem Zeitpunkt auf einen mittel angereicherten Brennstoff umzustellen, um Proliferationsgefahren zu minimieren. Kürzlich hat das Land Bayern verkündet, dieser Brennstoff sei nicht vor 2018 verfügbar. Wir fragen nach der Position der Bundesregierung zum Weiterbetrieb von FRM II

13.12.2010

▶ [GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4126](#)

Umgang mit der NS-Vergangenheit

Nicht erst die öffentliche Debatte um die Studie zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes hat gezeigt, dass die Debatte über den Umgang mit der NS-Vergangenheit keinswegs abgeschlossen ist. In den Blick gerückt wurde, dass vor allem die Institutionen des Staates noch erhebliche Defizite bei der Frage nach personellen und damit verbunden inhaltlichen Kontinuitäten zur NS-Zeit zu verzeichnen haben. Wir fragen nach dem Umgang mit der NS-Vergangenheit für verschiedenen Bereiche der Bundespolitik.

13.12.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4129](#)

Erdgas-Blowout vor der Küste Schottlands

Am 21. November 1990 ereignete sich in der Nordsee vor der Küste Schottlands ein Erdgas-Blowout. Seit dem treten dort bis heute enorme Mengen Treibhausgase aus. Der Vorgang ist jedoch fast vergessen. Wir stellen Fragen zum Unfallhergang, zur Bekämpfung der Unfallfolgen sowie zur Haftung im Zusammenhang mit dem Emisionshandel.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4128](#)

Muslimfeindliche Straftaten in Deutschland

Meldungen über zunehmende Muslimfeindlichkeit und damit einhergehende Zunahme muslimfeindlicher Straftaten lassen es geboten erscheinen, solche Straftaten, die nach Meinung der Fraktion DIE LINKE eine Form politisch motivierter Kriminalität sind, gesondert zu erfassen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4127](#)

Auswahl der Träger für Projekte zu den Thema Islamismus und Linksextremismus

Die Vergabe von Geldern aus dem neu aufgelegten Programm zu den Themen Islamismus und „Linksextremismus“ scheint äußerst dubios zu sein. Darauf lässt zumindest die Genehmigung einer Fahrt der Jungen Union Köln unter dem Titel „Wir fahren nach Berlin – gegen Linksextremismus“ schließen, deren Programm eher einer Vergnügungsfahrt gleichkommt. Die Anfrage soll die Kriterien und die Höhe der Mittelvergabe in diesem Bereich klären.

08.12.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4093](#)

Zwischenlager und Sammelstellen für radioaktive Abfälle in Deutschland

Im Lichte der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke werfen sich zunehmend Fragen auf, inwiefern die deutschen Zwischenlagerkapazitäten für radioaktive Abfälle ausreichend sind und inwieweit durch diese eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit ausgeht.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4092](#)

Einsatz ausländischer Polizeikräfte in Deutschland sowie deutscher Polizeikräfte im Ausland

Nach Angaben der Bundesregierung gehört es zur „ständigen Übung“, dass ausländische Polizeikräfte in Deutschland und deutscher Polizeikräfte im EU-Ausland exekutive Befugnisse wahrnehmen. Eine parlamentarische Kontrolle solcher Einsätze gibt es bisher faktisch nicht. Die Rechtsgrundlagen sind auch aus Sicht der Polizeigewerkschaften unklar, die Einsatzphilosophien der Polizeien unterschiedlich.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4091](#)

Vorgehen eines französischen Polizisten während des Castor-Transportes und Gefährdung von Menschenleben durch den Polizeieinsatz

Der Einsatz eines französischen Polizisten gegen Anti-Atomkraft-Demonstranten während des Castor-Transportes im November 2010 hat schwer wiegende Fragen nach der Rechtsgrundlage dieses Handelns aufgeworfen. Offenbar herrschte Konfusion in den Reihen der Bundespolizeiführung. Die niedersächsische Einsatzleitung wurde nicht informiert. Der Angehörige der Eliteeinheit CRS hatte offenbar auch keine Befugnis zur Ausübung hoheitsrechtlicher Maßnahmen.

Anträge, Anfragen & Initiativen

07.12.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4034](#)

Diskriminierungsfreier Zugang zum Masterstudium

Es mehren sich an den Hochschulen die Anzeichen, dass viele Studierende keinen Masterstudienplatz erhalten und die Vergabe der wenigen Masterstudienplätze nicht rechtskonform verläuft. DIE LINKE will mit dieser Kleinen Anfrage erfahren, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreift, um die derzeit katastrophale Situation beim Zugang zum Masterstudium zu beheben und ob sie die Forderung nach einem „Recht auf Master“ unterstützt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4003](#)

Einheitliche Befugnisse für Betriebs- und Personalräte bei der Umsetzung des AGG

Betriebsratsmitglieder haben bei Diskriminierungen laut AGG konkrete Befugnisse einschließlich einer Prozessbefugnis. Personalratsmitglieder, Mitglieder von Sprecher/innenausschüsse oder Mitarbeiter/innenvertretungen haben diese Rechte nicht. DIE LINKE will von der Bundesregierung die Gründe für diese Ungleichbehandlung und Wege zur Vereinheitlichung der Rechte der Personalvertretungen erfahren.

07.12.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4002](#)

Stellensituation beim Zoll angesichts einer Vielzahl offener Vollstreckungsfälle und neuer Aufgaben

Beim Zoll existieren mehr als eine Millionen offene Vollstreckungsfälle mit finanziellen Außenständen in dreistelliger Millionenhöhe. Dies zeigt die angespannte Personalsituation. In den nächsten Jahren kommen zusätzliche Aufgaben auf den Zoll zu. Angesichts von pauschalem Stellenabbau, Überalterung und geringer Einstellungskorridore ist die Aufgabenwahrnehmung gefährdet. Ziel der KA ist die Bestätigung der Angaben, die Solidarität mit den Beschäftigten und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3986](#)

Kosten der Realisierung des Bedarfsplans Schiene

Am 11. November verkündete Verkehrsminister Ramsauer, dass der so genannte Bedarfsplan für die Schienenwege nicht verändert werden soll. Ein Teil der Projekte sei aber unwirtschaftlich und dürfe deshalb nicht realisiert werden. Verkündet wurde ferner, dass die „bauwürdigen“ Projekten noch etwa 26 Milliarden Euro kosten. Das ist falsch, da die Kosten für den Bau von 38 weiteren Projekten nicht angegeben wurden. Diese Anfrage soll aufzeigen, wie dramatisch die Schiene unterfinanziert ist!

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3985](#)

Antiextremismuserklärung des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken

Den Projekten der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus sollen eine so genannte Antiextremismuserklärung zur Unterschrift vorgelegt werden. Damit wird den Projekten gegenüber ein generelles Misstrauen ausgesprochen und sie werden pauschal unter Extremismusverdacht gestellt. Die angekündigte Erklärung ist sowohl juristisch als auch in ihrer Umsetzung äußerst zweifelhaft, was mit der KA dokumentiert werden soll.

03.12.2010

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/4106](#)

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Im Zuge der Änderung der Regelbedarfe nach SGB II und XII soll der Kreis der Leistungs-berechtigten um bisherige Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungs-gesetz (AsylbLG) ergänzt werden. Das AsylbLG in jetziger Form ist auch nach Eingeständnis der Bundesregierung verfassungswidrig und muss deshalb schnellstmöglich geändert bzw. besser noch: aufgehoben werden.

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/4105](#)

Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuch

Die Bundesregierung hat mit dem Regelbedarfsgesetz einen neuen Regelsatz für Hartz IV festgelegt. Dieser soll ab dem 1. Januar 2011 364 Euro für einen Alleinstehenden betragen. Die Kinderregelsätze bleiben unverändert. Der Entschließungsantrag begründet die Ablehnung der Fraktion DIE LINKE. und weist konkret nach, mit welchen Tricks die Regierung gearbeitet hat, um höhere Leistungen zu verhindern.

07.12.2010

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4072](#)

Fakten und Position der Bundesregierung zum sogenannten Fachkräftemangel

Seit Monaten beklagen Regierung und Arbeitgeberverbände einen bestehenden oder drohenden Fachkräftemangel. Unternehmensvertreterinnen und -vertreter nutzen diese Debatte um wegen des angeblichen Fachkräftemangels längere Wochenarbeitszeiten für Beschäftigte und einen späteren Rentenbeginn zu fordern. Dabei gibt es immer noch Millionen Erwerbslose. DIE LINKE. erfragt Fakten zum angeblichen Fachmangel und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.

03.12.2010

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4085](#)

Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen (...) - Sanktionen -

Das vorliegende Gesetz zur Reform von Hartz IV erleichtert die Verfahren zur Verhängung von Sanktionen. Sanktionen bedeuten aber generell eine verfassungswidrige Unterschreitung des menschenwürdigen Existenzminimums. In der Praxis führen Sanktionen zu sozialer Verelendung und Ausgrenzung. Gefordert wird daher eine Abschaffung der Sanktionsregeln im SGB II - bei Hartz IV.

▶ [ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4084](#)

Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen (...) - Regelbedarfsstufe 3 -

Das Gesetz führt eine neue Regelbedarfsstufe in das Sozialhilferecht ein, die für erwachsene Personen gilt, die in einem Haushalt mit anderen Leistungsberechtigten erwachsenen Personen leben. Der entsprechende Bedarf wird auf 291 Euro festgelegt - eine Kürzung gegenüber der bisherigen Praxis um etwa 70 Euro. Betroffen sind von dieser Regelung insbesondere Menschen mit Behinderungen, die bei ihren Eltern leben sowie Menschen in Einrichtungen. Dies soll mit dem Änderungsantrag verhindert werden.

REDEN

Blockade beim Bodenschutz aufgeben – EU Bodenschutzrahmenrichtlinien voranbringen

03.12.2010 Kirsten Tackmann

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Die LINKE teilt das Anliegen des Antrags der Grünen, den Bodenschutz politisch zu stärken. Boden ist eine der wesentlichen, existenziellen Grundlagen der Menschheit. Das Eigentum an Boden und die Verfügbarkeit darüber war in allen menschlichen Gesellschaften eine der sensibelsten Fragen. Und wir dürfen nicht vergessen: Boden ist – zumindest in den Industriestaaten – nicht vermehrbar. Im globalen Süden gehen traditionelle, regional angepasste Nutzungs- und Bewässerungssysteme verloren, Boden fällt in Kriegsgebieten oder wegen

fehlender technischer Ressourcen brach. Der Klimawandel beginnt,



beute“ aus der Bodennutzung, die Ernte, ist zwar steigerbar, wie die Industriestaaten in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt haben. Es stellt sich aber immer drängender die Frage: zu welchem Preis? Verglichen mit dieser zentralen Bedeutung des Bodens und der Problemlage gehen wir immer noch recht sorglos mit dem Boden um. Das zu ändern ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Bodenschutz muss ein elementarer Politikbereich sein! Es gibt also gute Gründe, für eine Bodenschutzrahmenrichtlinie auf EU – Ebene.

diese Situation zu verschärfen. Es gibt dramatische Ausweitungstendenzen der Wüsten. Die „Aus-

[weiterlesen HIER](#)

Bekämpfung der Kinderarmut durch die Schaffung einer Existenzsichernden Grundsicherung

16.12.10 Diana Golze

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

„Die Bundesregierung will die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen der nachfolgenden Generationen weiter verbessern. Dazu gehört auch das soziale, psychische und physische Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen. Die bestmögliche Förderung der Gesundheit ist dabei ein zentrales Anliegen der Bundesregierung.“

richt ging es um Chancen für ein gesundes Aufwachsen und um die dafür notwendigen politischen



um das große Ziel einer bestmöglichen Förderung zu erreichen? Spiegelt es sich wirklich im politischen Handeln wider?

Es ist in den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Studien nachlesbar, es wurde in der Fachanhörung zu besagtem Bericht von mehreren Sachverständigen betont und es wird durch einen Blick in unsere Schulen und Kitas eines sehr schnell deutlich: Gesundheit und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen hängen in extrem hohem Maße mit ihren gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zusammen.

Maßnahmen und Initiativen. Was aber macht die Bundesregierung,

[weiterlesen HIER](#)

Kontakt



Sabine Stüber

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de



Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de



Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Diana Golze

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de



Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Dr. Kirsten Tackmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de



Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de



Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Wolfgang Nešković

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de



Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum
komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 17.01.2011

Fröhliche Weihnachten und einen Guten Rutsch!

DEM DEUTSCHEN VOLKE

Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

